

Hoffnung auf Waldfrieden

Seit Jahren hadern die Hubertus-Schützen mit ihrer veralteten Schießanlage im Forstenrieder Park – nun geht endlich etwas voran: Der Verein hat der Öffentlichkeit die Pläne für Umbau und Sanierung präsentiert. Doch einige Bürger bleiben misstrauisch.

VON BRIGITTA WENNINGER



„Uns ist an maximaler Transparenz gelegen“: Der Architekt Jakob Stainer (li.) und Anwalt Benno Ziegler. FOTO: BW

Die Zeit ist stehengeblieben auf der Schießanlage des Vereins Hubertus im Forstenrieder Park. Und genau das ist das Problem. Die Sportstätte ist veraltet. Weil sie heutigen Lärmschutz- und Umweltschutzansprüchen nicht mehr genügt, stehen die Schützen seit Jahren selbst in der Schusslinie. Jetzt ist ein lang erwarteter Schritt in Richtung Umbau und Sanierung erfolgt: Der Verein hat beim Landratsamt die Antragsunterlagen für das Genehmigungsverfahren eingereicht und die Pläne der Öffentlichkeit vorgestellt.

In der alten Schießhalle des vor 90 Jahren gegründeten Vereins Hubertus in Unterdill wuchert der Anwalt der Schützen, Benno Ziegler, zwei dicke Aktenordner auf den Tisch: „Das ist das Werk von Jakob Stainer.“ Als der Architekt 2009 den Auftrag für die Genehmigungsplanung erhielt, war schon viel Porzellan zerbrochen worden (*wir berichteten*). Einige Monate zuvor hatte die SPD-Fraktion des Bezirksausschusses 19 (BA Thalkirchen-Obersendling-Forstneried-Fürstneried-Solln) mit einer Pressemitteilung für Auf-

sehen gesorgt. Es ging darin um das „Monster im Forstenrieder Park“. Gemeint war, was Stainers Vorgänger, der Ingenieur Jürgen Voss, für den Verein ausgetüfelt hatte: Pläne, die die Errichtung von riesigen Lärmschutzwällen vorsahen.

Seitdem ist das Misstrauen groß. Zwar sind die ursprünglichen Pläne vom Tisch, die Zusammenarbeit mit Voss längst beendet, doch die Unstimmigkeiten zwischen Schützen und Anwohnern dauern an. Nach Ansicht Zieglers gibt es dafür keinen Grund mehr. In den jetzigen Antragsunterlagen würden alle Punkte der 2011 im Bezirksausschuss ausgehandelten Kompromissvereinbarung berücksichtigt. Diese sieht unter anderem eine Begrenzung des Schießlärms auf 50 Dezibel vor. „Uns ist an maximaler Transparenz gelegen“, versichert der Anwalt.

Das anstehende immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren sei kom-

plex, so Ziegler. Das Landratsamt werde die Unterlagen nun erst prüfen. Vielleicht seien Ergänzungen nötig, erst dann gehe der Antrag an alle zuständigen Stellen.

Mehrere neue Bauten und Konstruktionen sollen den vorgeschriebenen Lärmschutz herstellen und die antiquierte Schießstätte auf Vordermann bringen. An den beiden Wurf Scheibenanlagen, also am Trap- und am Skeetstand, werden Schallschutzmuscheln mit etwa 5,5 Metern Dachhöhe errichtet. Auch die Bahnschießanlage mit den Kugelständen wird umgestaltet. Dort entstehen neue Schützenstände mit Schallschutzschleusen, außerdem werden schallabsorbierende Rasterdecken angebracht. Eine der Bahnen soll multifunktional nutzbar sein und wird komplett eingehaust.

Der zweite große Part ist die umweltschutzgerechte Sanierung der Anlage. Über die Jahrzehnte sind tonnenweise gifti-

ge Bleikugeln sowie Wurf Scheibensplitter auf dem Areal liegengelassen. Untersuchungen hätten gezeigt, dass die verschossene Munition bis zu 50 Zentimeter im Erdreich liege, so Ziegler. „Zu unserer Überraschung war der Boden weniger belastet als angenommen.“ Eine Gefährdung des Grundwassers bestehe nicht, aufgrund von tieferliegenden Tonschichten. Künftig werde dies auch durch zwei Brunnen-schächte überwacht. „Nach der Sanierung ist es eine der modernsten Schießanlagen in Bayern“, sagt Ziegler.

Klingt gut, dennoch bleibt die Bürgerinitiative (BI) „Forstenrieder Park ohne Schießanlage“ wachsam. Sie warf dem Verein kürzlich vor, den Kompromiss bereits gebrochen zu haben. Eine Stellungnahme zu den jetzt veröffentlichten Plänen wollten die Mitglieder noch nicht abgeben, sondern sich erst genauer in die Unterlagen einarbeiten. „Es gibt noch kein abschließendes Meinungsbild“, sagt BI-Sprecher Heinz Kuhnert.

Zudem dürfte sich die Frage stellen, ob das Vorgehen des Vereins transparent genug ist. In der Kompromissvereinbarung wurde zwar die „Beteiligung der Öffentlichkeit“ festgelegt. Nicht jedoch, dass Bürger in einem öffentlichen Verfahren auch Einwände äußern können. „Die Formulierung im Kompromisspapier ist schwammig“, erklärt BA-Chef Ludwig Weidinger (CSU). Intention des damaligen Bezirksausschusses sei sehr wohl ein öffentliches Verfahren gewesen. „Es ist noch kein Friede im Wald“, sagt Weidinger. „Aber die Hoffnung, dass er bald entsteht, ist da“.